

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16. Dezember 2011 – Drucksache 15/1060

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16. Dezember 2011 – Drucksache 15/1060 – Kenntnis zu nehmen.

19. 01. 2012

Der Berichterstatter:

Klaus Maier

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16. Dezember 2011, Drucksache 15/1060, in seiner 9. Sitzung am 19. Januar 2012.

Ein Abgeordneter der CDU erklärte, er sei mit dem Inhalt des mit dieser Mitteilung übermittelten Berichts der Landesregierung im Wesentlichen zufrieden. Allerdings stelle er mit einer gewissen Enttäuschung fest, dass in der EU offenbar nicht an dem Ziel festgehalten werde, eine eigene europäische Ratingagentur aufzubauen. Für Europa wäre eine solche Institution jedoch wichtig, um die Abhängigkeit von amerikanischen Ratingagenturen zu mindern. Er sei sicher, dass die europäischen Parlamentarier und die Mitglieder des Europaparlaments die Einrichtung einer europäischen Ratingagentur unterstützen würden, und hielte es für wünschenswert, dass das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in diesen Belangen ebenfalls seinen Einfluss geltend mache.

Ausgegeben: 27. 01. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Ein Abgeordneter der SPD schloss sich dieser Auffassung an und erinnerte an einen Landtagsbeschluss vom 29. Juli 2010 bezüglich der Gründung einer europäischen Ratingagentur.

Weiter führte er aus, ein Vorschlag der Kommission sei u. a., die Länderratings in kürzeren Abständen durchzuführen. Er bezweifle jedoch, dass es sinnvoll sei, ein Land öfter als einmal pro Jahr zu beurteilen. Eine solche Vorgehensweise bliebe dem bestehenden System weiter verhaftet, statt dass eine sinnvollere Vorgehensweise entwickelt würde, die die Dominanz der amerikanischen Ratingagenturen einschränken könnte.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft legte dar, er unterstütze die Forderung nach Einrichtung einer europäischen Ratingagentur grundsätzlich, weise jedoch gleichzeitig auf die organisatorischen Herausforderungen hin, die mit einem solchen Projekt verbunden wären. Im Bundesrat sei zwischenzeitlich eine Initiative in Gang gesetzt worden, um dem Wunsch nach Einrichtung einer europäischen Ratingagentur Nachdruck zu verleihen.

Wenn weiterhin Länderratings vorgenommen würden, hielte er es unter Umständen für sinnvoller, diese alle sechs Monate durchzuführen statt wie bisher nur einmal jährlich, da hierdurch die sogenannten „Klippeneffekte“ aufgrund zu langer Interimsphasen vermieden würden und eine kontinuierlichere Beobachtung stattfände. Besonders wichtig sei es, darauf hinzuwirken, dass die Ratingagenturen ihre ausführlichen Prüfungsberichte auch nach außen kommunizierten, damit nicht nur die Prüfergebnisse selbst ersichtlich würden, sondern auch die Gründe, die zu diesen Einschätzungen führten.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16. Dezember 2011, Drucksache 15/1060, Kenntnis zu nehmen.

26. 01. 2012

Klaus Maier